## M1 Solidarität statt Abschottung - In Thüringen auch international zusammenhalten

Antragsteller\*in: Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

## **Antragstext**

6

9

10

11

12

13 14

15 16

17

18

20

21

22

23

24

25

26

27

28

Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über eine Million Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz fanden, zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen Asylpolitik. Nicht Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den Staaten prägten das Bild, sondern eine große internationale Solidarität.

Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der Fluchtbewegung der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine Rolle, aber der Ton hat sich verändert. Statt solidarischer und konstruktiver Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere Abschiebungen, die Ausweitung sicherer Herkunftsländer und die zunehmende Abschottung der Europäischen Union durch den Asyl- und Migrationspakt. Dieser Diskurswechsel ist besonders in Anbetracht der noch vor einem Jahr praktizierten solidarischen und humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen. Deswegen ist es höchste Zeit, als Sozialdemokrat:innen Haltung für eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und sich gegen die teilweise menschenfeindliche, rassistische und von der Realität losgelöste Migrationsdebatte zu stellen:

- Die SPD Thüringen lehnt die zugespitzte Rhetorik in der aktuellen Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung an rechtsextreme Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen können niemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft sein.
- Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der internationalen Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur Abschottungspolitik. Die Sozialdemokratie stand und steht für ein Europa der Menschen, nicht der Mauern und Stacheldrähte.
- Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik, ein solidarisches Verteilungssystem aufzubauen. Dazu gehört auch, dass eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Geflüchteten zwischen allen EU-Mitgliedstaaten getroffen wird und die für die Kontrolle und

- Registrierung von Asylsuchenden verantwortlichen Anrainerstaaten durch einen Solidaritätsmechanismus unterstützt werden.
- In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen
- Paradigmenwechsel, hin zu einer humaneren Migrationspolitik. Doch mit dem MPK-
- Beschluss vom 10. Mai 2023 zur "Gemeinsame[n] Flüchtlingspolitik von Bund und
- Ländern" sind die getroffenen Vereinbarungen hinfällig. Die darin vorgesehenen
- 35 aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen und Verlagerungen von Asylverfahren an die
- EU- Außengrenzen sowie weitere Abschottungsmaßnahmen haben nichts mit der
- versprochenen Migrationspolitik zu tun.
- Die SPD Thüringen verurteilt diese Kursverschiebung ausdrücklich und kritisiert
- im Besonderen die folgenden Maßnahmen der Bundesregierung:
- die Verschärfung von Dublin-Überstellungen, die Stärkung der europäischen
- Grenzschutzagentur FRONTEX sowie bei den laufenden Verhandlungen zur Reform des
- Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für verpflichtende Grenzverfahren an
- den EU-Außengrenze für bestimmte Personengruppen und im deutschen Asylrecht für
- die Erweiterung des Sicheren-Herkunftsstaaten-Konzepts einsetzt sowie den Aufruf
- des Europäischen Rates an die Europäische Kommission vom 9. Februar 2023
- unterstützt, der sich dafür einsetzt, in der Europäischen Union umfangreiche
- Finanzmittel und Ressourcen zu mobilisieren, um damit an den EU-Außenstaaten
- 48 Grenzschutzkapazitäten und Grenzschutzinfrastruktur auszubauen.
- dass sich die Bundesregierung und die Regierungschef:innen der Länder darauf
- geeinigt haben, die gesetzlichen Regelungen der Abschiebehaft zu verschärfen,
- 51 wodurch in Zukunft eine Abschiebehaft unabhängig von der Asylantragstellung
- möglich sein soll und dass allein der Verstoß gegen Einreise- und
- Aufenthaltsverbote als selbstständiger Haftgrund außerhalb der Fluchtgefahr
- eingeführt wird und darüber hinaus die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von
- derzeit zehn auf 28 Tage verlängert werden soll sowie das Betretungsrecht in
- 56 Gemeinschaftsunterkünften zum Zweck der Auffindung der in Abschiebungshaft zu
- nehmenden Person auch auf die Zimmer der anderen Bewohner:innenausgedehnt werden
- soll.
- Die SPD Thüringen fordert daher ihre Vertreter:innen in der Thüringer
- Landesregierung und im Thüringer Landtag auf, sich gegenüber der
- Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und dem SPD Parteivorstand
- ausdrücklich gegen diese Pläne und Vorhaben auszusprechen.
- 63 Jedoch nehmen wir nicht nur die SPD auf Bundesebene in die Pflicht, sofortige
- Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, sondern auch die SPD in
- Thüringen. Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Umsetzung folgender
- Maßnahmen:

- Eine Abschaffung der Wohnverpflichtung für Asylsuchende in
  Aufnahmeeinrichtungen nach § 49 II AsylG. Dies stellt eine absolut notwendige
  Entlastung der Aufnahmeeinrichtungen dar. Wer die Möglichkeit hat, selbstständig
  bei Familien, Freund:innen oder auf eigene Kosten unterzukommen, sollte diese
  Möglichkeit auch wahrnehmen können. Geflüchtete können selbstbestimmt leben und
  es werden dringend benötigte Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen frei.
- ◆ Eine grundlegende Überarbeitung der Thüringer Verordnung über
   Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale
   Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (ThürGUSVO). Die
   Mindeststandards müssen dringend angehoben werden. Außerdem sind die
   Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung massiv auszubauen.